

# Amtsblatt

für den Salzlandkreis  
- Amtliches Verkündungsblatt -



18. Jahrgang

Bernburg (Saale), 3. April 2024

Nummer 13

## I N H A L T

### **A. Amtliche Bekanntmachungen des Salzlandkreises**

Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung am 09.04.2024 73

### **B. Amtliche Bekanntmachungen der Städte, Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften**

#### Stadt Bernburg (Saale)

• Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 09.04.2024 73

• Mitgliederversammlung der Jagdgenossenschaft Bernburg am 15. April 2024 75

Die Bekanntmachung ist als Anhang beigefügt.

#### Stadt Hecklingen

Hauptsatzung der Stadt Hecklingen 75

Die Satzung ist als Anhang beigefügt.

### **C. Amtliche Bekanntmachungen sonstiger Dienststellen**

#### Unterhaltungsverband „Elbaue“

#### Schönebeck (Elbe)

Durchführung Gewässerschau 2024 75

### **D. Sonstige Mitteilungen**

#### **Impressum**

Herausgeber und Herstellung:

Erscheinungsweise:

Bezug:

Salzlandkreis

nach Bedarf

Salzlandkreis, Kreistagsbüro

1. Obergeschoss, Zimmer 209,

Karlsplatz 37 in 06406 Bernburg (Saale)

## A. Amtliche Bekanntmachungen des Salzlandkreises

### Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung am 09.04.2024

Datum: Dienstag, 09.04.2024, 17:00 Uhr

Ort: Salzlandkreis, Bernburg Haus 1, Sitzungssaal (3. Obergeschoss), Karlsplatz 37  
in 06406 Bernburg (Saale)

#### Tagesordnung:

#### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung des öffentlichen Teils
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Abstimmung über die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 27.02.2024
- 4 Sozialdatensammlung des Salzlandkreises - Aktualisierungsstand 2024  
Mitteilungsvorlage M/0257/2024
- 5 Informationen aus der Verwaltung
- 6 Anfragen und Anregungen
- 7 Schließung des öffentlichen Teils der Sitzung

#### Nicht öffentlicher Teil

- 8 Feststellung der Tagesordnung des nichtöffentlichen Teils
- 9 Abstimmung über die Niederschrift des nichtöffentlichen Teils der Sitzung am 27.02.2024
- 10 Aktueller Stand Schulsozialarbeit im Rahmen der 2. Förderphase vom 01.08.2024 bis 31.07.2028 des ESF+-Programm "Schulerfolg

sichern" und der Kooperationsprojekt „Jugendhilfe – Schule“  
Mitteilungsvorlage M/0258/2024

- 11 Informationen aus der Verwaltung
- 12 Anfragen und Anregungen
- 13 Schließung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung

gez. Sven Hause  
Ausschussvorsitzender

## B. Amtliche Bekanntmachungen der Städte, Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften

### Stadt Bernburg (Saale)

#### • Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 09.04.2024

Sitzungsdatum: Dienstag, den 09.04.2024

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsort: Sommerscheune  
Aderstedt, Hauptstraße 8,  
06406 Bernburg (Saale),  
OT Aderstedt

#### Treffpunkt:

17.00 Uhr an der Sommerscheune Aderstedt, anschließend Fahrt zum Windpark Aderstedt (möglichst als Fahrgemeinschaften), vor Ort kurze Vorstellung der Entwicklungsabsichten in Bezug auf die 10. Änderung des Flächennutzungsplanes der Verwaltungsgemeinschaft Bernburg. ca. 17.45 Uhr Sitzungsbeginn in der Sommerscheune.

Da die Sitzung in der Aderstedter Scheune stattfindet und der Zugang zu einem drahtlosen lokalen Netzwerk (WLAN) nicht gegeben ist, wird gebeten, alle Vorlagen für diese Sitzung vorab zu öffnen, damit die

Vorlagen automatisch auf dem Endgerät zwischengespeichert werden. Sie können dann während der Sitzung offline arbeiten.

#### Zur Geschäftsordnung

- a) Bestätigung der Einladung und Feststellung der Beschlussfähigkeit gem. §§ 53, 55 KVG LSA
- b) Abstimmung über die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 30.01.2024
- c) Feststellung der öffentlichen Tagesordnung gem. der Geschäftsordnung

#### Zur Tagesordnung

1. Einwohnerfragestunde gem. § 28 Abs. 2 KVG LSA
2. Präsentation zur Gestaltung der Mittelinsel des Kreisverkehrs am Salzwerk durch die K+S Minerals and Agriculture GmbH Werk Bernburg
3. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen & Bernburger Bürger Gemeinschaft (BBG-Grüne) zum Schutz und zur weiteren Entwicklung von Straßenbäumen in der Stadt Bernburg (Saale)  
Beschlussvorlage 0769/24
4. 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 59 "Stadtteilzentrum Südost", Billigung des Entwurfes  
Beschlussvorlage 0795/24
5. 10. Änderung des Flächennutzungsplanes der Verwaltungsgemeinschaft Bernburg für die Stadt Bernburg (Saale) mit Ortsteil Aderstedt und die Gemeinde Gröna, Kennwort: „Sonderbaufläche Erneuerbare Energien westlich von Aderstedt“, Aufstellungsbeschluss neu  
Beschlussvorlage 0782/24

6. 10. Änderung des Flächennutzungsplanes der Verwaltungsgemeinschaft Bernburg für die Stadt Bernburg (Saale) mit Ortsteil Aderstedt und die Gemeinde Gröna, Kennwort: „Sonderbaufläche Erneuerbare Energien westlich von Aderstedt“, Vorentwurf  
Beschlussvorlage 0783/24
7. 2. Fortschreibung des Standortkonzeptes zur Förderung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen für die Stadt Bernburg (Saale), hier Billigung des Entwurfs  
Beschlussvorlage 0779/24
- 7.1. 2. Fortschreibung des Standortkonzeptes zur Förderung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen, Billigung des Entwurfs  
Beiblatt 0779/24/1
8. Lärmaktionsplan, hier: Abwägung der TÖB-Beteiligung und Beschluss  
Beschlussvorlage 0792/24
9. Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans Sachsen-Anhalt. Hier: Stellungnahme der Stadt Bernburg (Saale) zum 1. Entwurf  
Beschlussvorlage 0793/24
10. Mitteilungen, Beantwortung von Anfragen, Anregungen

#### Zur nichtöffentlichen Geschäftsordnung

- d) Abstimmung über die Niederschrift der nichtöffentlichen Sitzung vom 30.01.2024
- e) Feststellung der nichtöffentlichen Tagesordnung gem. der Geschäftsordnung

#### Zur Tagesordnung

11. Grundstücksangelegenheit  
Beschlussvorlage 0781/24

12. 10. Änderung des Flächennutzungsplanes der Verwaltungsgemeinschaft Bernburg, Kennwort: "Sonderbaufläche Erneuerbare Energien westlich von Aderstedt", Zustimmung zur 1. Änderung zum Städtebaulichen Vertrag Beschlussvorlage 0784/24
13. Mitteilungen, Beantwortung von Anfragen, Anregungen

gez.  
Hagen Neugebauer  
Vorsitzender des  
Ausschusses

gez.  
Dr. Silvia Ristow  
Oberbürgermeisterin

Die öffentliche Bekanntmachung der vorstehenden Tagesordnung kann auch im Internet der Stadt Bernburg (Saale) unter <http://buergerinfo.bernburg.de/si0042.php> eingesehen werden.

- **Mitgliederversammlung der Jagdgenossenschaft Bernburg am 15. April 2024**

Die Bekanntmachung ist als Anhang beigefügt.

Stadt Hecklingen

### **Hauptsatzung der Stadt Hecklingen**

Die Satzung ist als Anhang beigefügt.

### **C. Amtliche Bekanntmachungen sonstiger Dienststellen**

Unterhaltungsverband „Elbaue“  
Schönebeck (Elbe)

#### **Durchführung Gewässerschau 2024**

Gemäß Wassergesetz für das Land Sachsen-Anhalt § 67 gültig in der Fassung ab 01.04.2011 zuletzt geändert durch den Artikel des Gesetzes zur Änderung wasserrechtlicher Vorschriften vom 21.03.2013 (GVB1.LSA S. 116) werden in der Zeit vom

23.04.2024, 24.04.2024 und 25.04.2024

die Gewässerschauen für die Gewässer II. Ordnung durchgeführt.

Die aktuell geltenden Hygieneregeln sind während der Gewässerschau einzuhalten.

Die Schaukommission hat gemäß § 41 Wasserhaushaltsgesetz das Recht:

Grundstücke zu betreten, Gewässer zu befahren und Anlagen zu kontrollieren.

Eigentümer und Anlieger haben entlang der Gewässer die Wege für die Durchführung der Schau freizuhalten sowie Vorsorge hinsichtlich des ungehinderten Betretens des Grundstückes zu gewährleisten.

Die Termine der einzelnen Schaubezirke sind nachfolgender Tabelle zu entnehmen.

Datum  
23.04.2024

Schaubezirk  
LK Salzlandkreis

Treffpunkt  
8.30 Uhr  
Bereich Schönebeck (Elbe)  
Geschäftsstelle/Betriebshof  
Grundweg 83, Schönebeck

Datum

24.04.2024

Schaubezirk

Stadtgebiet Magdeburg

Treffpunkt

8.30Uhr

An der Gaststätte „Elbelandhaus“

Benediktinerstraße 6

39104 Magdeburg

Datum

25.04.2024

Schaubezirk

Landkreis Börde

Treffpunkt

8.30 Uhr

Gemeinde Sülzetal

OT Osterweddingen

Parkplatz Grundschule

Möchten Sie Hinweise oder Mängel an den Gewässern II. Ordnung bekannt geben, wenden Sie sich bitte an die zuständige Gemeinde/Stadtverwaltung oder schriftlich an die Geschäftsstelle des Verbandes:

Unterhaltungsverband „Elbaue“

Grundweg 83

39218 Schönebeck (Elbe)

gez. Holger Goldschmidt  
Verbandsvorsteher

## Mitgliederversammlung der Jagdgenossenschaft Bernburg

Die turnusgemäße Mitgliederversammlung der Jagdgenossenschaft Bernburg findet am 15. April 2024 um 18:00 Uhr in der Gaststätte „Waldau“ in Bernburg, Magdeburger Straße 2a, statt.

Tagesordnung:

1. Begrüßung durch den Vorsitzenden
2. Festlegung der ordnungsgemäßen Ladung, Bestätigung der Tagesordnung
3. Vorstandsbericht durch den Vorsitzenden
4. Kassenbericht
5. Bericht der Kassenprüfer
6. Aussprache zu den Berichten
7. Entlastung des Vorstandes
8. Wahl des Vorstandes
9. Wahl der Kassenprüfer
10. Verwendung des Reinertrages
11. Schlusswort des Vorsitzenden

Eingeladen sind alle Grundstückseigentümer von bejagdbaren Flächen in der Gemarkung Bernburg.

# Hauptsatzung der Stadt Hecklingen

Aufgrund der §§ 8, 10 und 45 Abs.2 Nr.1 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 17.Juni 2014 (GVBl. LSA 12/2014 S.288) in der derzeit gültigen Fassung hat der Stadtrat der Stadt Hecklingen in seiner Sitzung am 15.02.2024 folgende Hauptsatzung beschlossen:

## Inhaltsübersicht:

- I.     **Abschnitt: Benennung und Hoheitszeichen**
  - § 1     Name, Bezeichnung
  - § 2     Wappen, Flagge, Dienstsiegel
  
- II.    **Abschnitt: Organe**
  - § 3     Stadtrat
  - § 4     Festlegung von Wertgrenzen, personalrechtliche Befugnisse, Abstimmungsverhalten
  - § 5     Ausschüsse des Stadtrates
  - § 6     Beschießende Ausschüsse
  - § 7     Beratende Ausschüsse
  - § 8     Auskunftsrecht
  - § 9     Geschäftsordnung
  - § 10    Bürgermeister
  - § 11    Vertretung des Bürgermeisters
  - § 12    Gleichstellungsbeauftragte
  - § 13    Seniorenbeirat
  
- III.   **Abschnitt: Unterrichtung und Beteiligung der Einwohner**
  - § 14    Einwohnerversammlung
  - § 15    Bürgerbefragung
  
- IV.    **Abschnitt: Ehrenbürger**
  - § 16    Ehrenbürgerrecht/Ehrenbezeichnung
  
- V.     **Abschnitt: Ortschaftsverfassung**
  - § 17    Ortschaftsverfassung
  - § 18    Anhörung und Aufgaben des Ortschaftsrates
  - § 19    Aufgaben des Ortsbürgermeisters
  - § 20    Einwohnerfragestunde in den Ortschaften
  
- VI.    **Abschnitt: Öffentliche Bekanntmachung**
  - § 21    Öffentliche Bekanntmachung
  
- VII.   **Abschnitt: Festsetzung von Werten für unbestimmte Rechtsbegriffe**
  - § 22    unbestimmte Rechtsbegriffe
  
- VIII.  **Abschnitt: Übergangs- und Schlussvorschriften**
  - § 23    Sprachliche Gleichstellung
  - § 24    Inkrafttreten / Außerkrafttreten

# **I. Abschnitt**

## **Benennung und Hoheitszeichen**

### **§ 1**

#### **Name, Bezeichnung**

- (1) Die Gemeinde führt den Namen „Hecklingen“. Sie führt die Bezeichnung „Stadt“.
- (2) Die Stadt Hecklingen ist aufgrund der Gebietsänderungsvereinbarung --- veröffentlicht am 27.02.2004 im Amtsblatt Nr. 02 des Landkreises Aschersleben-Staßfurt --- durch Vereinigung der bisher selbständigen Gemeinden Cochstedt, Groß Börnecke, Hecklingen und Schneidlingen entstanden.  
Die vorgenannten bisherigen Gemeinden sind eigenständige Ortsteile der Stadt Hecklingen und führen neben dem Namen Hecklingen ihren bisherigen Gemeindenamen weiter.

### **§ 2**

#### **Wappen, Flagge, Dienstsiegel**

- (1) Die Stadt Hecklingen führt ein Wappen, welches wie folgt beschrieben wird: In Grün vier goldene Ähren über goldenem Dreieck. Die Farben des Wappens sind Gelb/Grün.
- (2) Die Flagge der Stadt Hecklingen wird wie folgt beschrieben: Gelb/Grün (1:1) gestreift. (Längsform: Streifen senkrecht verlaufend, Querform: Streifen waagrecht verlaufend) und mittig mit dem Wappen belegt.
- (3) Die Stadt führt ein Dienstsiegel, das dem der Hauptsatzung beigefügten Dienstsiegelabdruck entspricht. Die Umschrift lautet: „Stadt Hecklingen“.

**Siegelabdruck:**



## **II. Abschnitt**

### **Organe**

#### **§ 3**

##### **Stadtrat**

- (1) Der Gemeinderat der Stadt Hecklingen führt die Bezeichnung „Stadtrat“.
- (2) Die ehrenamtlichen Mitglieder führen die Bezeichnung „Stadtrat“.
- (3) Der Stadtrat wählt für die Dauer der Wahlperiode aus der Mitte der ehrenamtlichen Mitglieder des Stadtrates in der konstituierenden Sitzung einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter für den Verhinderungsfall.
- (4) Der Vorsitzende und der Stellvertreter können mit der Mehrheit der Mitglieder des Stadtrates abgewählt werden. Eine Neuwahl hat unverzüglich stattzufinden.

## **§ 4**

### **Festlegung von Wertgrenzen, personalrechtliche Befugnisse, Abstimmungsverhalten**

Der Stadtrat entscheidet über:

1. die Ernennung, Einstellung, Versetzung in den Ruhestand und Entlassung (ausgenommen die Entlassung innerhalb oder mit Ablauf der Probezeit) der Beamten sowie die Einstellung und Entlassung (ausgenommen die Entlassung innerhalb oder mit Ablauf der Probezeit) der nicht verbeamteten Beschäftigten im Einvernehmen mit dem Bürgermeister. Das gleiche gilt für die nicht nur vorübergehende Übertragung einer anders bewerteten Tätigkeit bei einem Beschäftigten sowie die Festsetzung des Entgelts, sofern kein Anspruch aufgrund eines Tarifvertrages besteht.
2. die Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bei einem Vermögenswert von über 50.000 Euro und kein Fall von § 105 Abs. 4 KVG LSA vorliegt,
3. die Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen, wenn der Vermögenswert den Wert nach § 10 Satz 2 (20.000 EUR) übersteigt,
4. über die Verfügung über das Vermögen der Stadt, insbesondere die Veräußerung oder Belastung von Grundstücken, Schenkungen und Darlehen der Stadt, bei einer Wertgrenze von über 50.000 EUR gem. § 45 Abs. 2 Nr. 7 KVG LSA,
5. über den Erwerb von Vermögen über eine Wertgrenze von 50.000 EUR,
6. über Verträge der Stadt mit ehrenamtlichen Mitgliedern der Vertretung, sonstigen Mitgliedern von Ausschüssen, von Ortschaftsräten, mit dem Ortsbürgermeister oder mit dem Bürgermeister, es sei denn, es handelt sich um Verträge aufgrund einer förmlichen Ausschreibung oder um Geschäfte der laufenden Verwaltung, deren Vermögenswert über 50.000 EUR liegt, gem. § 45 Abs. 2 Nr. 13 KVG LSA,
7. über Auftragsvergaben bei einer Wertgrenze von über 50.000 EUR, die nicht als Geschäft der laufenden Verwaltung gem. § 10 Satz 2 zu betrachten sind,
8. über die Aufnahme von Krediten, Übernahme von Bürgschaften, Abschluss von Gewährverträgen, Bestellung sonstiger Sicherheiten sowie wirtschaftlich gleichzustellender Rechtsgeschäfte, bei einer Wertgrenze von über 50.000 EUR gem. § 45 Abs. 2 Nr. 10 KVG LSA,
9. den Verzicht auf Ansprüche von über 50.000 EUR und den Abschluss von Vergleichen, bei einer Wertgrenze von über 50.000 EUR gem. § 45 Abs. 2 Nr. 16 KVG LSA,
10. die Annahme oder Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA für einzelne Aufgaben der Stadt über eine Wertgrenze von 50.000 EUR.

11. über Abstimmungsverhalten der Vertreter der Stadt Hecklingen in den  
Verbandsversammlungen des

- Wasser- und Abwasserzweckverbandes „Bode-Wipper“

auf der Grundlage des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (§11 Abs.3 GKG  
LSA) in den folgenden Angelegenheiten für die Stadt Hecklingen als Mitgliedskommune:

- alle Satzungsangelegenheiten
- Wirtschaftspläne einschließlich deren Nachträge,
- Jahresrechnungen,
- Schiedsgerichtsverfahren sowie
- Rechtsstreitigkeiten mit Aufsichtsbehörden.

## **§ 5**

### **Ausschüsse des Stadtrates**

Der Stadtrat Hecklingen bildet zur Erfüllung seiner Aufgaben die folgenden ständigen Ausschüsse:

1. als beschließende Ausschüsse

- \* Haupt- und Finanzausschuss
- \* Betriebsausschuss für Angelegenheiten des Stadtbetriebes „Sankt Georg“

2. als beratende Ausschüsse

- \* Bau- und Ordnungsausschuss
- \* Kultur- und Sozialausschuss

## **§ 6**

### **Beschließende Ausschüsse**

#### **I. Haupt- und Finanzausschuss**

- (1) Dem Haupt- und Finanzausschuss sitzt der Bürgermeister vor.
- (2) Angelegenheiten, deren Entscheidung dem Stadtrat nach § 45 Abs. 2 – 4 KVG LSA vorbehalten sind, soll der Haupt- und Finanzausschuss nach § 48 Abs. 3 KVG LSA grundsätzlich vorberaten.
- (3) Der Haupt- und Finanzausschuss besteht aus 7 Stadträten und dem Bürgermeister als Vorsitzenden mit Stimmrecht. Für den Verhinderungsfall beauftragt der Bürgermeister seinen allgemeinen Vertreter mit seiner Vertretung – ohne Stimmrecht. Ist auch der Beauftragte verhindert, bestimmt der Ausschuss aus dem Kreis seiner stimmberechtigten Mitglieder die Person, die den Bürgermeister im Vorsitz vertritt.
- (4) Auf Antrag eines Viertels der Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses kann eine Angelegenheit dem Stadtrat zur Beschlussfassung unterbreitet werden.

- (5) Der Ausschuss entscheidet, soweit nicht der Bürgermeister gemäß § 10 zuständig ist und es sich nicht um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handelt, über folgendes abschließend:
1. die Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bei einem Vermögenswert von über 20.000 EUR bis maximal 50.000 EUR und kein Fall von § 105 Abs. 4 KVG LSA vorliegt,
  2. über die Verfügung über das Vermögen der Stadt, die Veräußerung oder Belastung von Grundstücken, insbesondere Schenkungen und Darlehen der Stadt, bei einer Wertgrenze von über 20.000 EUR bis maximal 50.000 EUR gem. § 45 Abs. 2 Nr. 7 KVG LSA,
  3. über den Erwerb von Vermögen bis zu einer Wertgrenze von 50.000 EUR,
  4. über Verträge der Stadt mit ehrenamtlichen Mitgliedern der Vertretung, sonstigen Mitgliedern von Ausschüssen, von Ortschaftsräten, mit dem Ortsbürgermeister oder mit dem Bürgermeister, es sei denn, es handelt sich um Verträge aufgrund einer förmlichen Ausschreibung oder um Geschäfte der laufenden Verwaltung, deren Vermögenswert über 20.000 EUR und maximal 50.000 EUR nicht übersteigt gem. § 45 Abs. 2 Nr. 13 KVG LSA,
  5. über Auftragsvergaben bei einer Wertgrenze von über 20.000 EUR bis maximal 50.000 EUR, die nicht als Geschäft der laufenden Verwaltung gem. § 10 Satz 2 zu betrachten sind,
  6. über die Aufnahme von Krediten, Übernahme von Bürgschaften, Abschluss von Gewährverträgen, Bestellung sonstiger Sicherheiten sowie wirtschaftlich gleichzustellender Rechtsgeschäfte, bei einer Wertgrenze von über 20.000 EUR bis maximal 50.000 EUR gem. § 45 Abs. 2 Nr. 10 KVG LSA,
  7. den Verzicht auf Ansprüche der Wertgrenze von über 10.000 EUR bis maximal 50.000 EUR und den Abschluss von Vergleichen, bei einer Wertgrenze von über 20.000 EUR bis maximal 50.000 EUR gem. § 45 Abs. 2 Nr. 16 KVG LSA,
  8. die Annahme oder Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA für einzelne Aufgaben der Stadt von einer Wertgrenze über 500 Euro bis maximal 50.000 EUR.

## **II. Betriebsausschuss**

- (1) Die Stadt unterhält folgenden Eigenbetrieb:

„Stadtbetrieb Sankt Georg Hecklingen“

- (2) Nach den Bestimmungen des Eigenbetriebsgesetzes LSA wird für den Eigenbetrieb ein Betriebsausschuss gebildet. Aufgaben und Zusammensetzung bestimmen sich nach dem Gesetz über kommunale Eigenbetriebe im Land Sachsen-Anhalt und der Betriebssatzung des Eigenbetriebes in der Fassung der Beschlussfassung des Stadtrates Hecklingen vom 14.12.2015.

- (3) Der Betriebsausschuss besteht aus 6 Stadträten, dem Bürgermeister als stimmberechtigten Vorsitzenden des Betriebsausschusses und einen durch den Stadtrat auf Vorschlag der Personalvertretung bestellten Beschäftigten des Eigenbetriebes mit Stimmrecht. Der Bürgermeister kann seine allgemeinen Vertreter mit seiner Vertretung im Betriebsschuss – ohne Stimmrecht – beauftragen. Sind auch die allgemeinen Vertreter verhindert, bestimmt der Ausschuss aus dem Kreis seiner stimmberechtigten Mitglieder die Person, die den Bürgermeister im Vorsitz vertritt.
- (4) Der Betriebsleiter des Eigenbetriebes nimmt an den Sitzungen des Betriebsausschusses mit beratender Stimme teil.
- (5) Auf Antrag eines Viertels der Mitglieder des Betriebsausschusses kann eine Angelegenheit dem Stadtrat zur Beschlussfassung unterbreitet werden.

## **§ 7 Beratende Ausschüsse**

- (1) Den im Folgenden genannten Ausschüssen sitzt ein ehrenamtliches Mitglied des Stadtrates vor:
  1. Bau- und Ordnungsausschuss
  2. Kultur- und Sozialausschuss
- (2) Die Ausschussvorsitze werden den Fraktionen im Stadtrat in der Reihenfolge der Höchstzahlen nach d' Hondt zugeteilt. Bei gleichen Höchstzahlen entscheidet das Los, das der Vorsitzende des Stadtrates zieht. Die Fraktionen benennen die beratenden Ausschüsse, deren Vorsitze sie beanspruchen, in der Reihenfolge der Höchstzahlen und bestimmen den Vorsitzenden aus der Mitte der den Ausschüssen angehörenden Stadträte. Die Stellvertreter der Vorsitzenden werden von den Ausschussmitgliedern, die ehrenamtliche Stadträte sind, nach dem in § 56 Abs. 6 KVG LSA geregelten Verfahren aus deren Mitte bestimmt. Zur ersten Ausschusssitzung lädt der Bürgermeister ein.
- (3) Die Ausschüsse bestehen aus 7 Stadträten. Der Bürgermeister kann jederzeit an den Sitzungen teilnehmen. Auf Verlangen ist ihm das Wort zu erteilen.
- (4) In folgende Ausschüsse werden zusätzlich und widerruflich durch den Stadtrat jeweils 3 sachkundige Einwohner mit beratender Stimme berufen:
  1. Bau- und Ordnungsausschuss
  2. Kultur- und Sozialausschuss

Die Amtszeit der sachkundigen Einwohner endet, sofern ihre Berufung zuvor nicht widerrufen wird, mit dem Zusammentritt des neu gewählten Stadtrates.

## **§ 8 Auskunftsrecht**

- (1) Jedes ehrenamtliche Mitglied des Stadtrates hat das Recht, schriftlich, elektronisch oder in der Sitzung des Stadtrates und seiner Ausschüsse, denen er angehört, mündlich Anfragen zu allen Angelegenheiten der Stadt und ihrer Verwaltung an den Bürgermeister zu richten; die Auskunft ist vom Bürgermeister zu erteilen.
- (2) Kann eine Anfrage während der Sitzung nicht unverzüglich mündlich beantwortet werden, hat der Bürgermeister die Auskunft binnen einer Frist von in der Regel einem Monat schriftlich zu erteilen.

## **§ 9 Geschäftsordnung**

Das Verfahren im Stadtrat und in den Ausschüssen wird durch eine vom Stadtrat zu beschließende Geschäftsordnung geregelt.

## **§ 10 Bürgermeister**

- (1) Der Bürgermeister erledigt die gesetzlich übertragenen Aufgaben und die vom Stadtrat durch Beschluss übertragenen Aufgaben in eigener Verantwortung. Zu den Geschäften der laufenden Verwaltung nach § 66 Abs. 1 Satz 3 KVG LSA gehören die regelmäßig wiederkehrenden Geschäfte, die nach festgelegten Grundsätzen entschieden werden und keine wesentliche Bedeutung haben oder die im Einzelfall einen Vermögenswert von 20.000 Euro nicht übersteigen. Darüber hinaus werden ihm folgende Angelegenheiten zur selbstständigen Erledigung übertragen:
  1. die Entscheidung über Widersprüche in Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches gemäß § 68 i. V. m. § 73 Verwaltungsgerichtsordnung; das gilt nicht für Rechtsstreitigkeiten mit den Aufsichtsbehörden,
  2. gem. § 45 Abs. 2 Nr. 7 KVG LSA die Verfügung über das Vermögen der Stadt, insbesondere Schenkungen und Darlehen und die Veräußerung und Belastung von Grundstücken die eine Wertgrenze von 20.000 EUR nicht überschreitet,
  3. über Auftragsvergaben bis zu einer Wertgrenze von 20.000 EUR, die nicht als Geschäft der laufenden Verwaltung gem. § 10 Satz 2 zu betrachten sind,
  4. gem. § 45 Abs. 2 Nr. 10 KVG LSA die Aufnahme von Krediten, Übernahme von Bürgschaften, Abschluss von Gewährverträgen, Bestellung sonstiger Sicherheiten sowie wirtschaftlich gleichzustellende Rechtsgeschäfte, die eine Wertgrenze von 20.000 EUR nicht überschreiten
  5. gem. § 45 Abs. 2 Nr. 13 KVG LSA Verträge der Stadt mit Mitgliedern des Stadtrates oder sonstigen Mitgliedern von Ausschüssen und Ortschaftsräten bis zu einem Wert von 20.000 EUR.

6. gem. § 45 Abs. 2 Nr. 16 KVG LSA der Verzicht auf Ansprüche der Stadt bis zu einer Wertgrenze von 10.000 EUR und der Abschluss von Vergleichen bis zu einer Wertgrenze von 20.000 EUR,
7. gem. § 105 Abs. 1 KVG LSA über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, unter der Wertgrenze nach § 6 Abs. 5 Nr.1 (bis 20.000 EUR) und über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen bei inneren Verrechnungen, kalkulatorischen Kosten und der Gewerbesteuerumlage in unbeschränkter Höhe
8. die Annahme oder Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA für einzelne Aufgaben der Stadt mit einer Wertgrenze bis zu 500 EUR
9. die Erteilung der Genehmigung für die Verwendung des Gemeindewappens durch Dritte.

## **§ 11 Vertretung des Bürgermeisters**

Der Stadtrat wählt einen Beschäftigten der Stadt als Vertreter des Bürgermeisters für den Verhinderungsfall.

## **§ 12 Gleichstellungsbeauftragte**

- (1) Zur Verwirklichung des Grundrechtes der Gleichberechtigung von Frauen und Männern bestellt der Stadtrat im Einvernehmen mit dem Bürgermeister eine in der Verwaltung hauptberuflich Tätige und betraut sie mit der Gleichstellungsarbeit. Von ihren sonstigen Arbeitsaufgaben ist die Gleichstellungsbeauftragte entsprechend zu entlasten.
- (2) Die Bestellung der Gleichstellungsbeauftragten ist widerruflich. Über die Abberufung entscheidet der Stadtrat im Einvernehmen mit dem Bürgermeister. Einer Abberufung bedarf es nicht bei Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses.
- (3) Die Gleichstellungsbeauftragte ist in Ausübung ihrer Tätigkeit nicht weisungsgebunden. An den Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse kann sie teilnehmen, soweit ihr Aufgabengebiet betroffen ist. In Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches ist ihr auf Wunsch das Wort zu erteilen. Die Gleichstellungsbeauftragte ist unmittelbar dem Bürgermeister unterstellt.

## § 13 Seniorenbeirat

- (1) Zur Wahrnehmung der Interessen der älteren Einwohner (Senioren) kann durch Beschlussfassung des Stadtrates der Stadt Hecklingen in der Stadt Hecklingen ein Seniorenbeirat gebildet werden.
- (2) Der Seniorenbeirat besteht aus höchstens 8 Mitgliedern. Die Mitglieder des Seniorenbeirates werden vom Kultur- und Sozialausschuss vorgeschlagen und vom Stadtrat für die Dauer der Wahlperiode bestellt.  
Die Tätigkeit der Mitglieder des Seniorenrates ist ehrenamtlich.
- (3) Der Seniorenbeirat ist in Ausübung seiner Aufgaben unabhängig. Die Aufgaben eines Seniorenbeirates bestehen insbesondere darin:
  - den Belangen der älteren Einwohner der Stadt Hecklingen gegenüber dem Stadtrat, seinen Ausschüssen und der Verwaltung Gehör zu schaffen. Nach Aufforderung durch den Stadtrat und seiner Ausschüsse in bestimmten städtischen Angelegenheiten zu den Interessen und Belangen der älteren Einwohner Stellung zu nehmen.
  - durch Anregungen, Empfehlungen, Vorschläge und Stellungnahmen in allen städtischen Angelegenheiten, die die älteren Einwohner betreffen, den Stadtrat und seine Ausschüsse sowie die Verwaltung zu informieren und zu beraten. Das erfordert, dass der Seniorenbeirat von der Stadt Hecklingen frühzeitig in die Vorbereitung von Entscheidungen einbezogen wird, welche die folgenden Bereiche betreffen:
    - Verkehrsplanung und Infrastruktur
    - Planungsprozesse von Wohnraum und Wohnumfeld für ein aktives Alter
    - Schaffung sozialer Netze, Nachbarschaftshilfen und professioneller Dienstleistungen
    - Maßnahmen in Sport, Gesundheit und Prävention für ein aktives Alter
    - Kultur und Bildung
  - durch Vorschläge, Empfehlungen und Hinweise auf die Gestaltung und Entwicklung der Stadt Hecklingen in allen Angelegenheiten der älteren Einwohner Einfluss zu nehmen.
- (4) Das Nähere ist durch eine vom Stadtrat zu beschließende Satzung zu regeln.

### **III. Abschnitt**

## **Unterrichtung und Beteiligung der Einwohner**

#### **§ 14**

#### **Einwohnerversammlung**

- (1) Über allgemein bedeutsame Angelegenheiten der Stadt können die Einwohner auch durch Einwohnerversammlungen unterrichtet werden. Der Bürgermeister beruft die Einwohnerversammlungen ein. Er setzt die Gesprächsgegenstände sowie Ort und Zeit der Veranstaltung fest. Die Einladung ist ortsüblich bekanntzumachen und soll 14 Tage vor Beginn der Veranstaltung erfolgen. Die Einladungsfrist kann bei besonderer Dringlichkeit auf drei Tage verkürzt werden.
- (2) Die Einwohnerversammlungen können auf Teile des Gemeindegebietes beschränkt werden.
- (3) Der Bürgermeister unterrichtet den Stadtrat in seiner nächsten Sitzung über den Ablauf der Einwohnerversammlung und die wesentlichen Ergebnisse.

#### **§ 15**

#### **Bürgerbefragung**

Eine Bürgerbefragung nach § 28 Abs. 3 KVG LSA erfolgt ausschließlich in wichtigen Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises der Stadt. Sie kann nur auf Grundlage eines Stadtratsbeschlusses durchgeführt werden, in dem die mit „ja“ oder „nein“ zu beantwortende Frage formuliert ist und insbesondere festgelegt wird, ob die Befragung elektronisch über das Internet oder im schriftlichen Verfahren erfolgt, in welchem Zeitraum die Befragung durchgeführt wird und in welcher Form das Abstimmungsergebnis bekanntzugeben ist. In dem Beschluss sind auch die voraussichtlichen Kosten der Befragung darzustellen.

### **IV. Abschnitt**

## **Ehrenbürger**

#### **§ 16**

#### **Ehrenbürgerrecht, Ehrenbezeichnung**

Die Verleihung oder Aberkennung des Ehrenbürgerrechts oder der Ehrenbezeichnung der Stadt bedarf einer Mehrheit von zwei Dritteln der stimmberechtigten Mitglieder des Stadtrates.

## **V. Abschnitt Ortschaftsverfassung**

### **§ 17 Ortschaftsverfassung**

- (1) Es werden folgende Ortschaften der Ortschaftsverfassung gemäß §§ 81 ff. KVG LSA bestimmt:
1. Ortschaft Cochstedt  
Die Grenzen der Ortschaft umfassen die Ortschaft Cochstedt mit dem Gebiet der am 27.02.2004 in die Stadt Hecklingen eingemeindeten Stadt Cochstedt.
  2. Ortschaft Groß Börnecke  
Die Grenzen der Ortschaft umfassen die Ortschaft Groß Börnecke mit dem Gebiet der am 27.02.2004 in die Stadt Hecklingen eingemeindeten Gemeinde Groß Börnecke.
  3. Ortschaft Hecklingen  
Die Grenzen der Ortschaft umfassen die Ortschaft Hecklingen mit dem Gebiet der am 27.02.2004 in die Stadt Hecklingen eingemeindeten Stadt Hecklingen.
  4. Ortschaft Schneidlingen  
Die Grenzen der Ortschaft umfassen die Ortschaft Schneidlingen mit dem Gebiet der am 27.02.2004 in die Stadt Hecklingen eingemeindeten Gemeinde Schneidlingen.
- (2) Die Zahl der Mitglieder in den Ortschaftsräten wird wie folgt festgelegt:
1. Der Ortschaftsrat der Ortschaft Cochstedt besteht aus 5 Mitgliedern.
  2. Der Ortschaftsrat der Ortschaft Groß Börnecke besteht aus 5 Mitgliedern.
  3. Der Ortschaftsrat der Ortschaft Hecklingen besteht aus 7 Mitgliedern.
  4. Der Ortschaftsrat der Ortschaft Schneidlingen besteht aus 5 Mitgliedern.

Der Ortschaftsrat wählt in der ersten Sitzung aus seiner Mitte für die Dauer seiner Wahlperiode den Ortsbürgermeister und einen Stellvertreter. Der Ortsbürgermeister ist zum Ehrenbeamten auf Zeit zu ernennen. Seine Amtszeit endet mit der Wahlperiode des Ortschaftsrates.

Für das Verfahren in den Ortschaftsräten gilt die Geschäftsordnung für den Stadtrat entsprechend, soweit es nicht durch Gesetz oder andere Rechtsvorschriften besonders geregelt ist.

### **§ 18 Anhörung und Aufgaben des Ortschaftsrates**

- (1) Die Anhörung der Ortschaftsräte gemäß § 84 Abs. 2 KVG LSA findet nach folgendem Verfahren statt:
1. Die Anhörung wird durch den Bürgermeister eingeleitet, der dem Ortsbürgermeister die zur Entscheidung anstehenden Angelegenheiten darstellt und begründet.

2. Der Ortsbürgermeister informiert den Ortschaftsrat in einer Sitzung, die spätestens einen Monat nach Einleitung des Anhörungsverfahrens stattfindet und bittet um Meinungsbildung. In Angelegenheiten, die wegen besonderer Dringlichkeit keinen Aufschub dulden, kann der Bürgermeister die Frist nach Satz 1 angemessen verkürzen.
  3. Das Ergebnis der Beratungen des Ortschaftsrates übermittelt der Ortsbürgermeister unverzüglich, spätestens am zweiten Werktag nach der Sitzung, an den Bürgermeister, der, sofern er nicht selbst zuständig ist, dem Stadtrat oder dem beschließenden Ausschuss von der Entscheidung über das Ergebnis der Anhörung berichtet.
- (2) Den Ortschaftsräten werden gemäß § 84 Abs. 3 KVG LSA folgende Angelegenheiten zur Entscheidung übertragen, soweit im Haushaltsplan entsprechende Mittel veranschlagt werden:
1. Pflege des Ortsbildes sowie Teilnahme an Dorfverschönerungswettbewerben,
  2. Förderung und Durchführung von Veranstaltungen der Heimatpflege, des örtlichen Brauchtums und der kulturellen Tradition sowie Entwicklung des kulturellen Lebens in der Ortschaft,
  3. Förderung von Vereinen, Verbänden und sonstigen Vereinigungen in der Ortschaft,
  4. Pflege vorhandener Partnerschaften.

## **§ 19 Aufgaben des Ortsbürgermeisters**

- (1) Der Ortsbürgermeister und ein Stellvertreter werden aus der Mitte des Ortschaftsrates von diesen gewählt.
- (2) Der Ortsbürgermeister ist der Vorsitzende des Ortschaftsrates und erfüllt insbesondere folgende Aufgaben:
  - Durchführung von Sprechstunden in der Ortschaft,
  - Aussprache von Glückwünschen in der Ortschaft,
  - Beratung des Bürgermeisters in Verwaltungsangelegenheiten der Ortschaft,
  - sonstige im Einzelfall vom Bürgermeister zu übertragende Aufgaben, die sich auf die Ortschaft beziehen und für die Erledigung geeignet sind.

## § 20 Einwohnerfragestunde in den Ortschaften

### Nach den Beschlüssen der Ortschaftsräte:

- |   |               |                      |                |
|---|---------------|----------------------|----------------|
| - | Cochstedt     | Beschluss-Nr. 380/22 | vom 30.11.2022 |
| - | Groß Börnecke | Beschluss-Nr. 379/22 | vom 29.11.2022 |
| - | Schneidlingen | Beschluss-Nr. 378/22 | vom 28.11.2022 |

sind im Rahmen ihrer ordentlichen öffentlichen Sitzungen Fragestunden für Einwohner der Stadt, die in der jeweiligen Ortschaft wohnen, nach folgendem Verfahren durchzuführen:

1. Der Ortsbürgermeister /-in legt in der Einladung zur Sitzung den Beginn der Fragestunde und - in der Sitzung - den Beginn und das Ende der Fragestunde fest. Findet sich zu Beginn der Fragestunde kein Einwohner der Ortschaft ein, der in der Ortschaft wohnt, kann sie geschlossen werden. Die Fragestunde soll auf höchstens 30 Minuten begrenzt sein.
2. Jeder Einwohner der Stadt, der in der Ortschaft wohnt, ist berechtigt, grundsätzlich eine Frage und zwei Zusatzfragen, die sich auf den Gegenstand der ersten Frage beziehen, zu stellen. Zugelassen werden nur Fragen von allgemeinem Interesse, die Angelegenheiten der Ortschaft betreffen. Bestehen Zweifel, dass der Fragesteller Einwohner der Ortschaft ist, so hat sich dieser gegenüber einem Beauftragten der Stadt auszuweisen. Die Erhebung und Verarbeitung der personenbezogenen Daten des Fragestellers erfolgt auf der Grundlage des Art. 6 Absatz 1 Buchst. c der Datenschutz-Grundverordnung und nur zum Zwecke der schriftlichen Beantwortung der Anfrage, sofern diese nicht sofort und vollständig mündlich beantwortet werden kann. Nach Beantwortung werden die Daten gelöscht bzw. anonymisiert. In die Niederschrift werden nur anonymisierte Daten übernommen.
3. Angelegenheiten des öffentlichen Teils der Ortschaftsratssitzung gehören in den Gegenstand der Einwohnerfragestunde.
4. Die Beantwortung der Fragen erfolgt in der Regel mündlich durch den Ortsbürgermeister /-in, den Bürgermeister oder einen vom Bürgermeister beauftragten Vertreter. Eine Aussprache findet nicht statt. Ist die Beantwortung der Frage in der Sitzung nicht möglich, erhält der Fragesteller eine schriftliche Antwort durch den Bürgermeister, die innerhalb von einem Monat zu erteilen ist.

### Nach dem Beschluss des Ortschaftsrates:

- |   |            |                      |                |
|---|------------|----------------------|----------------|
| - | Hecklingen | Beschluss-Nr. 381/22 | vom 01.12.2022 |
|---|------------|----------------------|----------------|

sind im Rahmen ihrer ordentlichen öffentlichen Sitzungen Fragestunden für Einwohner der Stadt, die in der jeweiligen Ortschaft wohnen, nach folgendem Verfahren durchzuführen:

1. Der Ortsbürgermeister /-in legt in der Einladung zur Sitzung den Beginn der Fragestunde und - in der Sitzung - den Beginn und das Ende der Fragestunde fest. Findet sich zu Beginn der Fragestunde kein Einwohner der Ortschaft ein, der in der Ortschaft wohnt, kann sie geschlossen werden. Die Fragestunde soll auf höchstens 30 Minuten begrenzt sein.

2. Jeder Einwohner der Stadt, der in der Ortschaft wohnt, ist berechtigt, grundsätzlich eine Frage und zwei Zusatzfragen, die sich auf den Gegenstand der ersten Frage beziehen, zu stellen. Zugelassen werden nur Fragen von allgemeinem Interesse, die Angelegenheiten der Ortschaft betreffen. Bestehen Zweifel, dass der Fragesteller Einwohner der Ortschaft ist, so hat sich dieser gegenüber einem Beauftragten der Stadt auszuweisen. Die Erhebung und Verarbeitung der personenbezogenen Daten des Fragestellers erfolgt auf der Grundlage des Art. 6 Absatz 1 Buchst. c der Datenschutz-Grundverordnung und nur zum Zwecke der schriftlichen Beantwortung der Anfrage, sofern diese nicht sofort und vollständig mündlich beantwortet werden kann. Nach Beantwortung werden die Daten gelöscht bzw. anonymisiert. In die Niederschrift werden nur anonymisierte Daten übernommen.
3. Angelegenheiten der Tagesordnung können in der Regel nicht Gegenstand der Einwohnerfragestunde sein.
4. Die Beantwortung der Fragen erfolgt in der Regel mündlich durch den Ortsbürgermeister / -in, den Bürgermeister oder einen vom Bürgermeister beauftragten Vertreter. Eine Aussprache findet nicht statt. Ist die Beantwortung der Frage in der Sitzung nicht möglich, erhält der Fragesteller eine schriftliche Antwort durch den Bürgermeister, die innerhalb von einem Monat zu erteilen ist.

## **VI. Abschnitt** **Öffentliche Bekanntmachungen**

### **§ 21** **Öffentliche Bekanntmachung**

- (1) Soweit nicht Rechtsvorschriften besondere Regelungen treffen, erfolgen die gesetzlich erforderlichen Bekanntmachungen im Internet unter der Internetadresse <https://www.stadt-hecklingen.de/bekanntmachungen/index.php> und der Angabe des Bereitstellungstages. Die Bekanntmachung ist mit ihrer Bereitstellung im Internet bewirkt.
- (2) Auf Ersatzbekanntmachungen gemäß § 9 Abs.3 KVG LSA wird unter Angabe des Gegenstandes, des Ortes und der Dauer der Auslegung sowie der Öffnungszeiten des Verwaltungsgebäudes (Hermann-Danz-Straße 46, 39444 Hecklingen) im Internet unter der Internetadresse <https://www.stadt-hecklingen.de/bekanntmachungen/index.php> , spätestens am Tag vor dem Beginn der Auslegung hingewiesen. Die Auslegungsfrist beträgt zwei Wochen, soweit nichts anderes vorgeschrieben ist. Die Ersatzbekanntmachung ist mit Ablauf des Tages bewirkt, in dem der Auslegungszeitraum endet. Gleiches gilt, wenn eine öffentliche Auslegung nach einer anderen Rechtsvorschrift erfolgt, die keine besonderen Bestimmungen enthält.
- (3) Nach dem Baugesetzbuch erforderliche ortsübliche Bekanntmachungen erfolgen im Amtsblatt des Salzlandkreises. Die Bekanntmachung ist mit Ablauf des Erscheinungstages bewirkt, an dem das Amtsblatt den bekanntmachenden Text enthält. Der Inhalt der Bekanntmachung wird zusätzlich unter der Internetadresse nach Abs.1 Satz 1 unter der Abgabe des Bereitstellungstages in das Internet eingestellt.

- (4) Auf die bekanntgemachten Satzungen und Verordnungen wird unverzüglich in den unter Abs.5 aufgeführten Aushängekästen der Stadt Hecklingen nachrichtlich unter Angabe der Internetadresse, unter der die Satzung oder Verordnung bereitgestellt wurde, hingewiesen. Die Satzungen und Verordnungen können im Verwaltungsgebäude der Stadt Hecklingen, Hermann-Danz-Straße 46, 39444 Hecklingen während der Öffnungszeiten eingesehen und kostenpflichtig kopiert werden.
- (5) Die Bekanntmachung von Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse, der Ortschaftsräte sowie Zeitpunkt und Abstimmungsgegenstände der Beschlussfassung im Wege eines schriftlichen oder elektronischen Verfahrens gemäß § 56a Abs.3 KVG LSA werden durch Aushang in den folgenden Bekanntmachungstafeln bekannt gemacht:

Ortschaft Cochstedt:

Bekanntmachungstafel: vor dem Grundstück - Goetheplatz 13

Ortschaft Groß Börnecke

Bekanntmachungstafel: vor dem Grundstück Friedrich-Stengel-Str.25A-D

Ortschaft Hecklingen

Bekanntmachungstafel: am Rathaus, Hermann-Danz-Str. 46/Ecke Hamburger Str.

Ortschaft Schneidlingen

Bekanntmachungstafel: vor dem Feuerwehrdepot, Magdeburger Straße 25a

Wird die Sitzung gemäß § 56a Abs.2 KVG LSA als Videokonferenz durchgeführt, so erfolgt in der Bekanntmachung ein Hinweis, in welcher Weise der öffentliche Teil der Videokonferenz verfolgt werden kann. Die Bekanntmachung ist mit Ablauf des ersten Tages des Aushangs bewirkt. Der Aushang darf frühestens am Tag nach der Sitzung abgenommen werden.

- (6) Alle übrigen Bekanntmachungen sind im Internet unter <https://www.stadt-hecklingen.de/bekanntmachungen/index.php> bekanntzumachen. An die Stelle dieser Bekanntmachung kann als vereinfachte Form auch der Aushang an den Bekanntmachungstafeln an in Abs.5 beschriebenen Standorten treten, wenn der Inhalt der Bekanntmachung eine Person oder einen eng begrenzten Personenkreis betrifft. Die Aushängefrist beträgt, soweit nichts anderes bestimmt ist, zwei Wochen. Die Bekanntmachung ist mit Ablauf des ersten Tages des Aushangs bewirkt. Auf dem Aushang ist zu vermerken, von wann bis wann ausgehängt wird.

## **VII. Abschnitt**

### **Festsetzung von Werten für unbestimmte Rechtsbegriffe**

#### **§ 22**

##### **Unbestimmte Rechtsbegriffe**

- (1) Als erheblich i. S. d. § 103 Abs. 2 Nr. 1 KVG LSA gilt ein Fehlbetrag, der drei von Hundert der Gesamtbeträge der Aufwendungen des laufenden Haushaltsjahres übersteigt.
- (2) Als erheblich sind bisher nicht veranschlagte oder zusätzliche Aufwendungen oder Auszahlungen i. S. d. § 103 Abs. 2 Nr. 2 KVG LSA dann anzusehen, wenn diese im Einzelfall eins von Hundert der Gesamtaufwendungen oder Gesamtauszahlungen des Haushaltsplans des laufenden Haushaltsjahres übersteigen.
- (3) Als geringfügig i. S. d. § 103 Abs. 3 Nr. 1 KVG LSA gelten außerplanmäßige Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen, die im Einzelfall nicht mehr als 0,5 von Hundert der Gesamtauszahlungen des Haushaltsplans betragen.
- (4) Einfache Geschäfte der laufenden Verwaltung sind gekennzeichnet durch
  - ihr regelmäßiges und häufiges Vorkommen,
  - die routinierte Erledigung der Geschäfte nach feststehenden Regeln und
  - eine geringe finanzielle Bedeutung des Geschäfts.

Zu den Geschäften der laufenden Verwaltung gehören in der Stadt Hecklingen insbesondere:

1. die nach feststehenden Tarifen, Richtlinien und Ordnungen abzuschließenden Geschäfte des täglichen Verwaltungshandelns,
2. Rechtsgeschäfte oder Verwaltungshandeln, welche durch europa-, bundes-, landes- oder ortsrechtliche Bestimmungen vorgeschrieben sind,
  - 2.1. Heranziehung zu Gemeindeabgaben,
  - 2.2. Erteilung von Prozessvollmachten,
  - 2.3. Vorrangseinräumungen im Rahmen der mit dem Verkauf vereinbarten Investitionsdurchführung,
  - 2.4. Belastung von Grundstücken, die die künftige finanzielle Nutzbarkeit des Grundstücks nicht erheblich einschränken,
  - 2.5. im Einzelfall bis zu einer Obergrenze von 10.000 EUR pro Jahr, den Abschluss von:
    - 2.5.1. Pachtverträgen für bebaute Freizeit- und Erholungsgrundstücke i. S. d. Schuldrechtsanpassungsgesetzes,
    - 2.5.2. unbefristeten Wohnraummietverträgen,
    - 2.5.3. Miet- und Pachtverträgen für Garagen und Garagengrundstücke,
    - 2.5.4. alle sonstigen Miet- und Pachtverträge zu bebauten Grundstücken mit einer Laufzeit von max. 2 Jahren (ohne Verlängerungsklausel),
  - 2.6. Verpachtung und Vermietung von land- und forstwirtschaftlich genutzten

- Flächen, Freiflächen und Garagen und Garagengrundstücken,
- 2.7. die Gewährung einer Zuwendung mit geringer finanzieller Bedeutung gemäß einer vom Stadtrat beschlossenen Förderrichtlinie,
3. Rechtsgeschäfte, bei denen im Einzelfall folgende Wertgrenzen nicht überschritten werden:
- 3.1. Erwerb unbebauter Grundstücke soweit Haushaltsmittel zur Verfügung stehen bis zu einer Höchstgrenze von 10.000 EUR,
- 3.2. Stundung von Forderungen bis 10.000 EUR,
- 3.3. Niederschlagung von Forderungen bis 3.500 EUR,

### **III. Übergangs- und Schlussvorschriften**

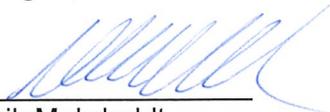
#### **§ 23 Sprachliche Gleichstellung**

Personen- und Funktionsbezeichnungen in dieser Satzung werden verallgemeinernd verwendet und beziehen sich auf alle Geschlechter.

#### **§ 24 Inkrafttreten / Außerkrafttreten**

- (1) Diese Hauptsatzung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.
- (2) Mit Inkrafttreten dieser Satzung tritt die Hauptsatzung der Stadt Hecklingen vom 30.04.2015 außer Kraft.

Hecklingen, den 03.04.2024

  
Hendrik Mahrholdt  
Bürgermeister



Dienstsiegel

Genehmigungsvermerk der zuständigen Kommunalaufsichtsbehörde gemäß § 10 Abs.2 KVG LSA.:

Genehmigung des Salzlandkreises gemäß § 10 Abs. 2 Satz 2 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt vom 25.03.2024